

# Auf der Flucht vor dem Klima

## Migration in Zeiten des Klimawandels und im Schatten von Corona



Immer mehr Menschen fliehen nicht nur vor Krieg, Gewalt oder Hunger, sondern auch wegen der Folgen des Klimawandels. Die meisten Umweltflüchtlinge sind innerhalb ihrer Landesgrenzen als Binnenvertriebene auf der Flucht, wie hier in der Demokratischen Republik Kongo, Foto: Monusco/Sylvain Liechti, wikimedia, CC BY-SA 2.0

Dürren, Überschwemmungen, Wirbelstürme — dies sind nur einige Beispiele dafür, welche Folgen der Klimawandel auf unsere Natur hat. Immer mehr Menschen sind schon heute gezwungen, ihre Heimat wegen der Auswirkungen des sich verändernden Klimas zu verlassen. Doch was versteht man unter Umweltflüchtlingen? Genießen sie einen besonderen Schutz? Wie viele sind es, woher kommen und wohin gehen sie? Und wie sollte die internationale Völkergemeinschaft helfen? Unser Dossier gibt Antworten.

---

⊕ *Fünf Thesen zur Klimaflucht*

---

⊕ *Einleitung: Geraten Umweltflüchtlinge durch die Coronakrise in Vergessenheit?*

---

⊕ *Wie viele Umweltflüchtlinge gab es bisher?*

---

⊕ *Hintergrundwissen zur Situation von Flüchtlingen*

---

⊕ *Was sind eigentlich Umweltflüchtlinge?*

---

⊕ *Genießen Umweltflüchtlinge einen besonderen Schutz?*

---

⊕ *Wie groß ist die Zahl der Umweltflüchtlinge?*

---

⊕ *In welchen Regionen gibt es die meisten Umweltflüchtlinge?*

---

⊕ *Wer flüchtet vor allem?*

---

⊕ *Wie groß sind die Schäden durch Naturkatastrophen?*

---

⊕ *Wie viele Umweltflüchtlinge wird es in Zukunft geben?*

---

⊕ *Was sagen internationale Abkommen zum Schutzstatus für Umweltflüchtlinge?*

---

⊕ *Wie diskutiert Deutschland das Thema Umweltmigration?*

---

⊕ *Was ist der „Klimapass“?*

---

⤵ *Versagt die internationale Völkergemeinschaft?*

---

⤵ *Wie lassen sich Fluchtursachen beseitigen?*

---

⤵ *Welche Rolle spielen die (sozialen) Medien?*

---

⤵ *Was sagen die Menschen zu Klimawandel und Migration?*

---

⤵ *Was kam bei den letzten internationalen Gipfeln in Sachen Umweltmigration heraus?*

---

⤵ *Fazit*

---

⤵ *Weitere Informationen*

---

⤵ *LpB-Dossiers zum Weiterlesen*

---

## Fünf Thesen zur Klimaflucht



⤴ *Nach oben*

## Einleitung: Geraten Umweltflüchtlinge durch die Coronakrise in Vergessenheit?



Angesichts der Corona-Pandemie gerät das Schicksal von Flüchtlingen weltweit in Vergessenheit. Foto: Gerd Altmann, pixabay.com, 3585348

Die Covid-19-Pandemie zeigt, wie verwundbar die Welt bei einer solch wahrhaft globalen Katastrophe ist. Aber eine andere, zumindest ebenso große Katastrophe, die sich seit Langem aufbaut, droht dabei in

Vergessenheit zu geraten: Die Zahl der klimabedingten Naturkatastrophen steigt und zwingt immer mehr Menschen, ihre Heimat zu verlassen.

Nach dem [Katastrophenbericht des Roten Kreuzes](#) wurden 2020 mehr als fünfzig Millionen Menschen von über 100 klima- und wetterbedingten Katastrophen heimgesucht, während die ganze Welt mit der Corona-Krise beschäftigt war. Allein seit 2010 sind demnach mehr als 410.000 Menschen durch Naturkatastrophen ums Leben gekommen, die meisten davon in Entwicklungsländern. Um den gefährdetsten Ländern zu helfen, ist nach Auffassung der Hilfsorganisation nur ein Bruchteil der Summe notwendig, die beispielsweise die Europäische Union für den Aufbau nach der Corona-Pandemie vorgesehen hat.

Die Lage ist dramatisch. Aber was sind eigentlich Umweltflüchtlinge? Wie groß ist ihre Zahl? Wie kann man ihnen helfen? Fragen, die es in der Erkenntnis zu klären gilt, dass die Migration, die durch Umweltprobleme hervorgerufen wird, ein Teil der weltweiten Migrations- und Flüchtlingsbewegungen ist. In diesem Zusammenhang gilt es, die Zahlen der Flüchtlinge und Arbeitsmigrantinnen und -migranten einzuordnen und zu relativieren. Schließlich geht es um die Frage, wie sich die Corona-Krise auf die Migration insgesamt und auf die Umweltflucht insbesondere auswirkt.

---

[⬆️ Nach oben](#)

## Wie viele Umweltflüchtlinge gab es bisher?



Schon 2010 warnte der frühere Ministerpräsident der Malediven, Mohamed Nasheed, dass große Teile seines Inselstaats dem Klimawandel zum Opfer fallen könnten. Hier eine Luftaufnahme der Insel Kuredu. Foto: Stefanie Laubscher, pixabay.com, 1095105

Das Thema Migration und Umweltflucht ist nicht neu und kommt in den letzten drei Jahrzehnten immer wieder in die Schlagzeilen, wobei beispielsweise in den 1990er Jahren oft unrealistische Zahlen durch die Medien geisterten. Damals wurde von 500 Millionen Umweltflüchtlingen gesprochen und befürchtet, dass sich diese Zahl bis zum Jahr 2000 auf eine Milliarde verdoppeln werde. Als Quelle wurde das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) in Genf genannt, das aber auf Anfrage hin mitteilte, dass diese Zahlen weder aus Genf stammen würden, noch dass sie realistisch seien. Tatsächlich ist die Zahl der Umweltflüchtlinge bis zur Jahrtausendwende auch nicht auf eine Milliarde angestiegen, aber das Horrorszenario war in die Welt gesetzt und schürt bis zum heutigen Tage Ängste und Befürchtungen vor einem „Massenansturm“ von Umweltflüchtlingen auf die reichen „Wohlstandsinseln“ im Norden.

Um die berechtigte Sorge, sein Land — die Malediven — würde schon bald aufgrund des Anstiegs des Meeresspiegels untergehen, wies der frühere Ministerpräsident und jetzige Parlamentspräsident Mohamed Nasheed im November 2010 in einem Interview mit der ARD auf die dramatische Lage im Inselstaat hin. Man müsse in etwa fünfzig Jahren umsiedeln und Land kaufen. Schon jetzt müsse das Land 25 Prozent seines Haushaltes für die Anpassung an den Klimawandel ausgeben. Das sei mehr als für Bildung und Gesundheit zusammen ausgegeben werde. Man habe ja gesehen, so der Politiker aus den Malediven weiter, was passiert ist und welche Reaktionen es ausgelöst hat, als eine Million Flüchtlinge aus dem Nahen Osten nach Europa gekommen seien. Es sei Panik ausgebrochen, man habe die Tore geschlossen. Künftig sei ein Viertel der Weltbevölkerung von ähnlichen Umweltproblemen wie auf den Malediven betroffen und müsse umsiedeln, prophezeite Nasheed. Das wären dann fast zwei Milliarden Menschen, eine doppelt so hohe Zahl wie sie schon vor zwanzig Jahren herumspukte. Wie Reaktionen von Zuschauer:innen zeigten, scheinen solche gutgemeinten „Warnsignale“ eher kontraproduktiv zu sein, weil sie die Furcht vor den Flüchtlingen verstärken können. Ob so bessere internationale Hilfe ins Leben gerufen kann, ist auf jeden Fall fraglich.

## Hintergrundwissen zur Situation von Flüchtlingen

+ Die weltweite „Flüchtlingsbewegung“

+ Die weltweite Arbeitsmigration

## Was sind eigentlich Umweltflüchtlinge?



Die Bewohner:innen an Bangladeschs Küsten spüren schon heute die Folgen des Klimawandels: Der Meeresspiegel steigt, Ackerland wird immer knapper. Foto: Adrien Taylor, unsplash.com, o4m8M9ri6wc

Die Verbindung zwischen Umweltproblemen und Migration liegt zwar auf der Hand, weil sie durch die schockierenden Bilder von Menschen, die beispielsweise vor den Fluten fliehen, hautnah vermittelt wird. Dabei sind die Zusammenhänge in der Tat sehr komplex. Insgesamt finden bei den Gründen, warum Menschen ihre gewohnte Umgebung verlassen müssen und zu Flüchtlingen werden, eine Vermischung von politischen, sozialen, kulturellen oder religiösen Faktoren statt. Oft spielen dabei selbstverständlich auch Umweltprobleme eine wichtige Rolle. Die auslösenden „Push-Faktoren“ lassen sich aber nicht auf einen einzigen Grund reduzieren.

Unter den Flüchtlingen und Arbeitsmigrant:innen befinden sich natürlich auch Menschen, die aufgrund von Umweltschäden ihre Heimat verlassen mussten. Wie soll man sie nun aber nennen? Wasserflüchtlinge, Klimaflüchtlinge, Klimamigrant, Umweltflüchtiger, Umweltmigration, klimabedingte Migration — das sind nur einige der Begriffe, die in diesem Zusammenhang auftauchen. Eine einheitliche Lesart oder gar international anerkannte Definition gibt es nicht.

Manche Fachleute plädieren dafür, den in der Tat schwammigen und irreführenden Begriff „Umweltflüchtlinge“ durch „Katastrophenflüchtlinge“ zu ersetzen. Aber auch diese Terminologie führt zu Missverständnissen, denn nicht alle Menschen, die darunter fallen, müssen vor Katastrophen wie Vulkanausbrüchen oder Überschwemmungen ihre Häuser verlassen. Kein Wunder also, dass keine verlässlichen Daten über die umweltbedingte Flucht vorliegen, im Gegensatz zu den Arbeitsmigrantinnen und -migranten sowie den „UNHCR-Flüchtlingen“.

Eingeführt hat den Begriff „Umweltflüchtlinge“ 1985 der Naturwissenschaftler Essam El-Hinnawi in seinem Bericht für das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP).

### Drei Schlüsselbegriffe zu Umweltflüchtlingen

Die Internationale Organisation für Migration (IOM) spricht in ihrem [Migrationsdatenportal](#) von drei Schlüsselbegriffen, wenn es um den Zusammenhang zwischen Migration sowie Umwelt- und



Klimaveränderungen geht:

### **Umweltmigrantinnen und -migranten**

Demnach werden als Umweltmigrantinnen und -migranten Personen oder Personengruppen bezeichnet, „die überwiegend aufgrund plötzlicher oder fortschreitender Umweltveränderungen, die ihr Leben oder ihre Lebensbedingungen beeinträchtigen, gezwungen sind oder sich dafür entscheiden, ihre Heimat zu verlassen, sei es vorübergehend oder dauerhaft, und die innerhalb ihres Landes oder ins Ausland übersiedeln“.

### **Umweltvertriebene**

Der zweite Schlüsselbegriff betrifft nach dieser IOM-Studie Umweltvertriebene: „Personen, die innerhalb ihres Heimatlandes vertrieben werden oder eine internationale Grenze überschreiten und deren Vertreibung vornehmlich, wenn auch nicht ausschließlich, aufgrund von Umweltschädigung, -verschlechterung oder -zerstörung erfolgt.“

### **Katastrophenbedingte Vertreibung**

Unter dem dritten Schlüsselbegriff „katastrophenbedingte Vertreibung“ versteht man demnach „Situationen, in denen Menschen gezwungen sind, ihre Heimat oder ihren gewöhnlichen Aufenthaltsort zu verlassen, insbesondere infolge oder zur Vermeidung der Auswirkungen von Katastrophen, die durch Naturgefahren ausgelöst werden. Eine derartige Vertreibung kann in Form einer freiwilligen Flucht oder einer von den Behörden angeordneten oder vollzogenen Evakuierung erfolgen. Diese Vertreibung kann innerhalb eines Landes oder über internationale Grenzen erfolgen.“

Ob diese Schlüsselbegriffe, die sich überschneiden, mehr Licht in das Dunkel der Definition von Umweltflucht bringen, erscheint fraglich, macht aber die Schwierigkeit deutlich, das Thema einzuordnen bzw. einzugrenzen.

## Weitere Definitionsversuche

+ Definition als „klimawandelbedingte menschliche Mobilität“

+ Definition als „umweltbedingte Personenbewegungen“

+ Definition des UNHCR

⬆️ [Nach oben](#)

## Genießen Umweltflüchtlinge einen besonderen Schutz?



Symbolbild Schützende Hände über Weltkarte. Foto: Capri23auto, pixabay.com, 3129340

Das „Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge“ — so der offizielle Titel der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) — von 1951 und das ergänzende Protokoll von 1967 werden als „Magna Charta“ der Flüchtlinge bezeichnet und sind bis zum heutigen Tage die wichtigsten internationalen Dokumente zum Schutz der Flüchtlinge. Die Konvention legt fest, wer ein Flüchtling ist und welchen Schutz er oder sie genießt, aber auch welche Pflichten er oder sie hat.

Artikel 33 enthält das Verbot, einen Flüchtling „auf irgendeine Weise über die Grenzen von Gebieten

auszuweisen oder zurückzuweisen, in denen sein Leben oder seine Freiheit wegen seiner Rasse, Religion, Staatsangehörigkeit, seiner Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen seiner politischen Überzeugung bedroht sein würde“. Laut Artikel 1 A der Genfer Flüchtlingskonvention ist ein Flüchtling eine Person, die „aus der begründeten Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung sich außerhalb des Landes befindet, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt, und den Schutz dieses Landes nicht in Anspruch nehmen kann oder wegen dieser Befürchtungen nicht in Anspruch nehmen will“.

Menschen, die vor der Klimaveränderung und Umweltkatastrophen ihre Heimat verlassen müssen, fallen nicht unter die Genfer Flüchtlingskonvention und damit nicht unter den Schutz des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen (UNHCR). Solange sie im eigenen Land als Binnenvertriebene bleiben, unterstützt sie ihr Heimatland und sie unterliegen den dort geltenden Gesetzen. Wenn sie aber die Staatsgrenzen überschreiten, klafft eine Schutzlücke.

+ Hintergrundwissen: „Pacific Visa“ für Neuseeland

## Die „Kampala-Konvention“ von Afrika



Kinder in einem überfluteten Flüchtlingscamp für Binnenvertriebene in Somalia 2014, Foto: Amisom Photo/Mahamud Hassan, wikimedia CC0

Es besteht alles in allem also weltweit kein besonderer Schutzstatus oder eine Art von Visum für Klimamigrantinnen und -migranten. Beim internationalen Flüchtlingschutz weist Britta Nümann allerdings auf die 1998 von den Vereinten Nationen verabschiedeten Leitlinien für Binnenvertriebene hin. Die darin enthaltene Definition von Binnenvertriebenen erfasst zwar Umweltkatastrophen („natural or man-made disasters“) als Abwanderungsgründe. Flucht aufgrund von Umweltveränderungen und dem zum Klimawandel beitragenden menschlichen Verhalten fallen in den Anwendungsbereich dieser Leitlinien, sind aber nicht rechtsverbindlich und nutzen den Betroffenen somit herzlich wenig. Auf regionaler Ebene sieht es jedoch in Afrika anders aus, wie die Wissenschaftlerin unterstreicht.

In Afrika trat 2012 die „Kampala-Konvention“ in Kraft, deren Definition von Binnenvertriebenen wortwörtlich mit den Leitlinien übereinstimmt. Bei der „Kampala-Konvention“ handelt es sich also um ein verbindliches Abkommen: „Sie soll ein rechtliches Rahmenwerk in Afrika schaffen, um einen angemessenen Schutz sowie dauerhafte Lösungen für Binnenvertriebene zu erwirken. Dabei werden Umweltveränderungen aufgrund des Klimawandels ausdrücklich als Abwanderungsgrund erfasst. Die Vertragsstaaten sind zudem verpflichtet, die davon betroffenen Personen zu schützen und zu unterstützen“ (Quelle: Nümann, Britta: Umweltflüchtlinge? Umweltbedingte Personenbewegungen im internationalen Flüchtlingsrecht, Baden-Baden 2014). Ansatzpunkte, Menschen, die vor Klimakatastrophen fliehen müssen, Schutz zu gewähren, sind also durchaus vorhanden, beispielsweise auch durch die sogenannten humanitären Visa für Katastrophenflüchtlinge in Zentralamerika oder durch den sogenannten temporären Schutzstatus in den USA nach Umweltkatastrophen.

## Die Entscheidung des UN-Menschenrechtsausschusses und ihre Folgen

### Urteil des UN-Menschenrechtsausschusses

Es bestehen weitere Hoffnungsschimmer für einen besseren Schutz für Umweltmigrant:innen, beispielsweise durch eine Entscheidung des Menschenrechtsausschusses der Vereinten Nationen („UN Human Rights Committee“) vom Januar 2020. Demnach dürfen Länder solche Menschen nicht abschieben, die von Klimaveränderungen betroffen sind, die ihr Recht auf Leben verletzen. Zum ersten Mal fasste eine Menschenrechtseinrichtung der Vereinten Nationen damit eine Entscheidung, die die Beschwerde eines einzelnen Klägers im Zusammenhang mit der Klimaveränderung betraf, was der UN-Nachrichtendienst als „historisch“ bezeichnete.

#### **Fall „Teitiota“ aus Kiribati**

Ioane Teitiota von der Pazifikinsel Kiribati hatte die Beschwerde eingereicht, nachdem Neuseeland 2015 seinen Asylantrag abgelehnt und ihn mit seiner Frau und seinen Kindern abgeschoben hatte. Teitiota hatte argumentiert, seine Heimat sei unter anderem aufgrund des steigenden Meeresspiegels unbewohnbar geworden. Der Klimawandel führe zur Versalzung des Trinkwassers und zur Erosion des Ackerlandes. Darüber sei es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen über Landstreitigkeiten mit mehreren Todesopfern gekommen. Der Menschenrechtsausschuss, der als Kontrollorgan über die Einhaltung des „Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte“ wacht, wies trotzdem die Beschwerde des Klägers aus Kiribati ab. Die Gerichte in Neuseeland hätten seinen Asylantrag gründlich geprüft, um zu dem Schluss zu kommen, dass Kiribati genügend Maßnahmen ergriffen hätte, um das Leben des Klägers und seiner Familie zu schützen. Deshalb werde sein Recht auf Leben nicht verletzt.

Trotzdem, so Yuval Shany, ein israelischer Juraprofessor, der dem UN-Menschenrechtsausschuss vorsteht, setze das Urteil neue Standards, die den Erfolg von Asylanträgen erleichtern könnten, die Klimaveränderungen als Fluchtgrund betreffen. Das Komitee war ferner der Ansicht, dass der Klimawandel sowohl unmittelbar Auswirkungen beispielsweise durch Überflutungen als auch langfristig zum Beispiel durch Versalzung der Böden haben könnte. Beide Folgen des Klimawandels könnten dazu führen, dass Menschen Grenzen überqueren und Schutz vor den negativen Auswirkungen des Klimawandels suchen müssten.

#### **Folgen des Urteils**

Inwieweit diese doch etwas widersprüchliche Entscheidung wirklich Auswirkungen auf die internationale Rechtsprechung und die Anerkennung von Asyl aus Gründen des Klimawandels haben wird, bleibt abzuwarten. Nach Ansicht von Andreas Zimmermann, Mitglied im UN-Menschenrechtsausschuss und Professor für Öffentliches Recht an der Universität Potsdam, müssen jetzt Staaten eine Abschiebung in ein vom Klimawandel bedrohtes Land behandeln wie die Abschiebung in ein Bürgerkriegsland. Nach seinen Worten sind die Entscheidungen des Ausschusses zwar nur Empfehlungen, „aber verbindlich, auch wenn wir sie nicht mit Zwangsmitteln durchsetzen können“.

Das Deutsche Institut für Menschenrechte in Berlin untermauert die Bedeutung der Entscheidungen der Fachausschüsse der Vereinten Nationen und stellt grundsätzlich fest, dass sie „quasi-gerichtlich“ seien: „Sie haben keine unmittelbare völkerrechtliche Verbindlichkeit, wirken jedoch über den Grundsatz „pacta sunt servanda“ (dt.: Verträge sind einzuhalten). Danach haben die Staaten die ratifizierten Abkommen einzuhalten und so entsteht eine mittelbare Verbindlichkeit der Auffassungen der Ausschüsse. Auch die politische Wirkkraft der in den Entscheidungen oder Einschätzungen (engl.: views) enthaltenen Empfehlungen ist hoch. So werden die Entscheidungen in der Regel auch akzeptiert und entfalten über den Einzelfall hinaus Wirkung, indem sie in anderen Verfahren zur Auslegung und Anwendung nationalen Rechts herangezogen werden und gesetzliche, strukturelle sowie soziale Veränderungen bewirken.“

Auf der anderen Seite stellte das Bundesinnenministerium fest, dass das Votum des UN-Menschenrechtsausschusses in Sachen Klimaflucht keine unmittelbaren Auswirkungen habe. Diese Rechtsauffassung teilt auch Daniel Thym, Leiter des Forschungszentrum Asyl- und Ausländerrecht an der Universität Konstanz: „Außerhalb der Pazifikinseln hat die Stellungnahme des UN-Menschenrechtsausschusses keine juristischen Folgen, weil der Klimawandel nie als alleinige Ursache zu sehen sein wird — in anderen Fällen dürfte der Klimawandel Fluchtbewegungen verstärken, aber nicht Hauptursache sein.“

---

 [Nach oben](#)

## Wie groß ist die Zahl der Umweltflüchtlinge?




Gemeinsam mit Partnern führt die UNHCR ein Wiederaufforstungsprojekt mit nigerianischen Flüchtlingen in Kamerun durch. Foto: © UNHCR/Xavier Bourgois

### **200 Millionen Umweltflüchtlinge bis 2050?**

Die Zahlen über umweltbedingte Migration sind vage. „Schleichende“ Umweltveränderungen wie Dürre oder der Anstieg des Meeresspiegels, die zur Flucht führen können, lassen sich schwer erfassen. Zahlen, wie viele Menschen nach Naturkatastrophen nach welchem Zeitraum wieder in ihre Heimat zurückkehren können, werden nicht weltweit registriert und können schon gar nicht vorausgesagt werden. So ist man auf Fallstudien und Schätzungen angewiesen, auch wenn jetzt Informationen über verschiedene Länder gesammelt werden und Forschungsberichte anlaufen. Kritisiert wird in diesem Zusammenhang die fast schon „magische Zahl“ von 200 Millionen Umweltmigrantinnen und -migranten, die der britische Wissenschaftler Norman Myers bis 2050 schon vor Jahren vorausgesagt und vor riesigen Migrationsströmen gewarnt hatte. Seiner Einschätzung nach beruhen künftige Migrationsbewegungen auf drei Hauptursachen: Umweltschäden, wachsende Armut und Bevölkerungswachstum.

Seine Voraussage, die von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern längst in Frage gestellt wurde, spukt durch Politik und Medien. Sie wird sogar als Vorhersage der Vereinten Nationen dargestellt, die sich jedoch inzwischen von Myers Hochrechnungen distanziert haben. In der wissenschaftlichen Debatte um die Umweltflucht gehört Myers zu den „Alarmisten“, vor allem Naturwissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern, die in den Klimaveränderungen einen vorrangigen Stellenwert bei den Entscheidungen über die Migration sehen. Auf der anderen Seite stehen die „Skeptiker“ aus den Sozialwissenschaften, die von einem Bündel von Faktoren bei Flucht und Migration ausgehen.

### **2018: 17 Millionen Katastrophenflüchtlinge**

Zumindest liegen einigermaßen verlässliche Zahlen zu den Katastrophenflüchtlingen vor, also Menschen, die beispielsweise vor Hurrikans oder Überschwemmungen fliehen müssen, wobei strittig ist, ob dies alles durch Klimaveränderungen oder auch durch natürliche Klimaschwankungen hervorgerufen ist. Aus den Daten der Internationalen Organisation für Migration (IOM) geht hervor, dass allein im Jahr 2018 weltweit 17,2 Millionen Menschen in 144 Ländern und Gebieten aufgrund von Umweltkatastrophen wie Stürmen oder Starkregen im eigenen Land vertrieben wurden. Im ersten Halbjahr 2019 wurden sieben Millionen solcher neuer interner Vertriebenen erfasst. Innerhalb von elf Jahren — von 2008 bis 2018 — wurden 265,3 Millionen Menschen aufgrund von Katastrophen im eigenen Land vertrieben. Süd- und Ostasien sowie der Pazifikraum waren dabei die am stärksten betroffenen Regionen. Vor allem die Philippinen, Indien und China verzeichneten 2018 die meisten katastrophenbedingten Vertreibungen (Quelle: IOM:  *World Migration Report*, 2020).

---

 *Nach oben*

In welchen Regionen gibt es die meisten Umweltflüchtlinge?





Protestaktion von Kindern auf Tuvalu, einem Inselstaat im Südpazifik, um auf den steigenden Meeresspiegel aufmerksam zu machen. Foto: Pacific Islands Forum Secretariat

+ Ost-Afrika

+ Inselstaaten im Südpazifik

Generell findet Migration und Flucht im eigenen Land statt. Das gilt es gerade auch beim Thema Umweltflucht nochmals festzuhalten. Nach einer [Studie der IOM](#) in der **Dominikanischen Republik, Haiti, Kenia, Mauritius, Papua-Neuguinea** und **Vietnam** haben 2015 und 2016 nur wenige Migrantinnen und Migranten die Landesgrenzen überschritten: Vier von fünf blieben trotz Klimaveränderungen innerhalb der Landesgrenzen. Interessanterweise siedeln Regierungen selbst zunehmend eine größere Anzahl von Menschen aufgrund von Umweltveränderungen und Klimawandel um. Nach Angaben der IOM wurden beispielsweise Zehntausende in **Haiti** und in **Vietnam**, Hundertausende in **Äthiopien**, rund eine Million auf den **Philippinen** und mehrere Millionen in **China** umgesiedelt.

Ein aktuelles Beispiel stammt aus **Indonesien**, wo die Regierung die extrem durch Umweltprobleme überlastete Hauptstadt Jakarta auf die Insel Borneo verlagern will. In manchen Vierteln steigt das Wasser bis zu 25 Zentimeter pro Jahr; die Hauptstadt „säuft ab.“ Zur gleichen Zeit graben Tausende Einwohner:innen illegal nach sauberem Trinkwasser. Im Großraum Jakarta leben dreißig Millionen Menschen, die natürlich nicht alle umsiedeln werden. Aber ein beträchtlicher Teil wird sicherlich der neuen Hauptstadt „folgen“, in eine ökologisch sehr empfindliche Region.

[↑](#) Nach oben



### Wanderausstellung „Klimaflucht“ der Deutschen KlimaStiftung

Seit 2016 verleiht die Deutsche KlimaStiftung die Wanderausstellung „Klimaflucht“. Diese war 2019 auch im Haus auf der Alb, dem Tagungszentrum der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, zu Gast. Lesen Sie mehr über Menschen aus aller Welt, deren Leben durch die Folgen des Klimawandels bedroht sind. [➔ mehr](#)

[↑](#) Nach oben

Wer flüchtet vor allem?



Trotz der gefährlichen Überfahrt über das Mittelmeer brechen viele Afrikaner:innen aus den unteren Mittelschichten für ein vermeintlich besseres Leben nach Europa auf. Foto: Gerd Altmann, pixabay.com, 998966

Es sind insgesamt eher die Angehörigen der unteren Mittelschichten, die das Geld und die Möglichkeiten haben, auszuwandern. Diese Erkenntnis, die nicht neu ist, bestätigte eine Studie des UN-Entwicklungsprogramms (UNDP — *United Nations Development Programme: Scaling Fences*) vom Oktober 2019. Befragt wurden dabei 3.069 erwachsene afrikanische Migrantinnen und Migranten (im Alter über 18 Jahren) aus 43 afrikanischen Ländern, die in 13 europäischen Ländern interviewt wurden. Alle waren nach eigenen Angaben irregulär nach Europa gekommen und hatten sich in die Hände von Menschenschmugglern begeben, weil es keine andere Möglichkeit gegeben hatte. Viele dieser Migrantinnen und Migranten aus Afrika gehören dort zur Mittelschicht, sind vergleichsweise gut gebildet und haben in der Heimat nicht selten mehr verdient als der Durchschnitt. Trotzdem sehen sie keine Perspektive in ihren Ländern. Sie hoffen auf ein besseres Einkommen, wollen ihre Familien unterstützen und machen sich deshalb auf nach Europa. Oft ist es aber nicht nur die Suche nach einem Arbeitsplatz, denn sechzig Prozent der bei der Untersuchung Befragten hatten entweder einen Arbeitsplatz oder gingen zur Schule.

Die Studie belegt, dass gut die Hälfte der Migrantinnen und Migranten für die Reise nach Europa von Verwandten und Freunden unterstützt wurden. Etwa 78 Prozent schicken nun Geld zurück. Alles in allem hat sich die lebensgefährliche Route nach Europa für die Migrant:innen „gelohnt“, vor allem für diejenigen, die trotz der illegalen Einreise einen Job gefunden haben. Über ein Drittel — 38 Prozent — wird hier illegal beschäftigt. Die „irreguläre Migration“ hat die finanzielle Lage von 73 Prozent der Migrant:innen verbessert. Zwar sind sie in Europa schlecht bezahlt, aber im Durchschnitt verdienen sie immer noch dreimal mehr als im Heimatland.

Bei den Migrantinnen aus Afrika verzeichnet die Studie übrigens eine Umkehr der Einkommensverhältnisse: In Afrika verdienen Frauen weniger als Männer. In Europa ist es dann umgekehrt: Migrantinnen verdienen elf Prozent mehr als die Männer. Dafür sind sie häufiger Opfer von kriminellen Handlungen, vor allem von sexueller Gewalt.

Über die Hälfte der Befragten sagten, dass die Reise nach Europa schlimmer als erwartet war. Auf die Frage, was sie von dieser Reise hätte abhalten können, war die häufigste Antwort trotz allem: „nichts.“ Fast alle — 93 Prozent — der Migrant:innen erklärten, dass sie die lebensgefährliche Reise wieder antreten würden. Die Befragung hat auch herausgefunden, warum die Migrant:innen trotz aller Widrigkeiten und auch beim Scheitern in Europa bleiben wollen: Es ist die Angst, die Scham, sich zu blamieren, weil sie vermeintlich versagt haben und nicht genügend Geld nach Hause schicken können.

Weitere Erkenntnisse nicht nur aus der UN-Untersuchung sind wichtig für die Entwicklungszusammenarbeit: Wenn sie die Menschen aus extremer Armut befreit, dann steigt der „Migrationsbuckel“ („migration hump“), weil das Einkommen und damit die Möglichkeiten zur Auswanderung zunehmen. Erst später sinkt demnach mit weiter steigendem Wohlstand der Wunsch, auszuwandern. Entwicklungszusammenarbeit muss all dies berücksichtigen und vor allem Perspektiven und Arbeitsplätze für die Menschen in Afrika schaffen. Eine Jahrhundertaufgabe, vor der nicht nur Europa steht!

---

[⬆️ Nach oben](#)


Wie groß sind die Schäden durch Naturkatastrophen?



17 Milliarden US-Dollar an Schäden verursachte das Hochwasser in China während des Sommermonsuns 2020. Foto: Jéan Béller, unsplash.com, BN5tccq1qYk

Weltweit sind 2020 die Schäden durch Naturkatastrophen gestiegen, die rund 210 Milliarden US-Dollar ausmachten und deutlich über denen des Vorjahres lagen. 8.200 Menschen kamen bei diesen Naturkatastrophen ums Leben. Die teuerste Naturkatastrophe des Jahres verzeichnet die „Munich RE“ mit dem schweren Hochwasser in China während des Sommermonsuns. Die Gesamtschäden beliefen sich auf rund 17 Milliarden Dollar, wovon aber nur zwei Prozent versichert waren.

Nordamerika verzeichnete die höchsten Schäden durch Naturkatastrophen, unter anderem durch Hurrikans, schwerste Gewitter und Waldbrände. Für 2020 verzeichneten die Versicherer eine Rekord-Hurrikansaison mit dreißig Stürmen — mehr als je zuvor. Auch diese Expert:innen gehen in ihrer Bilanz im Januar 2021 davon aus, dass bei all diesen Gefahren langfristig der Klimawandel eine zunehmende Rolle spielen wird.

Gleichzeitig unterstreicht die Organisation „Germanwatch“, die unter anderem auf der weltweit anerkannten Datenbasis der „Munich Re“ arbeitet, diese These. Die unabhängige Entwicklungs- und Umweltorganisation spricht in ihrem Bericht davon, dass im Zeitraum von 2000 bis 2019 mehr als 475.000 Menschen als direkte Konsequenz von über 11.000 Extremwetterereignissen zu Tode kamen. Die wirtschaftlichen Schäden beliefen sich auf rund 2,56 Billionen US-Dollar, wovon vor allem die ärmeren und verwundbaren Staaten wie Myanmar betroffen waren. Länder wie die Philippinen oder Pakistan werden demnach inzwischen so oft von Wetterextremen heimgesucht, dass sie kaum in der Lage seien, sich davon zu erholen (Quelle: Germanwatch (Hrsg.):  *Global Climate Risk Index 2021. Who suffers most from Extreme Weather Events?*).

+ 2019: Schäden durch Naturkatastrophen

 [Nach oben](#)

Wie viele Umweltflüchtlinge wird es in Zukunft geben?



Schild mit der Aufschrift „Global warming is bad; buy local“ als Unterstützung für südsudanese Flüchtlinge



Ist schon die aktuelle Datenlage vage, so ist die Voraussage über die künftige Dimension der Katastrophen- und Umweltflucht sehr schwierig, um nicht zu sagen: „reine Kaffeesatzleserei“. Allein schon die Vielschichtigkeit der Migrationsgründe lassen keine fundierten Prognosen zu; es bleibt also bei Spekulationen. Wenn man auf die letzten Jahrzehnte zurückblickt, so bleibt festzuhalten, dass sich kein Millionenheer in Richtung der vermeintlichen Wohlstandsinseln auf der nördlichen Halbkugel in Marsch gesetzt hat, auch wenn die Zahl der Flüchtlinge, die Europa erreicht haben, gestiegen ist.

In den Jahren 2015/16 sprach man von einer „Flüchtlingskrise“, die aber keine Krise der Flüchtlinge, sondern eine Krise der Migrations- und Flüchtlingspolitik war, die noch anhält. Europa hat sich seitdem erfolgreich abgeschottet und seine Außengrenzen bis nach Afrika verlagert, wobei die Mehrzahl der Flüchtlinge aus Kriegs- und Krisengebieten der Welt wie Syrien stammen und nicht aus Ländern, die von Umweltschäden heimgesucht sind wie beispielsweise Bangladesch. Die Flüchtlingszahlen haben seit 2015 stark abgenommen. Im Jahr 2020 wurden in Deutschland rund 76.000 grenzüberschreitende Asylerstanträge gestellt, bei denen eine Einreise nach Deutschland vorausging. Das sind 31,5 Prozent weniger als im Vorjahr. In der EU gingen die Zahlen ebenfalls um rund ein Drittel zurück.

Für die Zukunft ist nicht damit zu rechnen, dass sich Millionen von Umweltflüchtlingen auf den Marsch machen werden. Wie soll es auch Katastrophenflüchtlingen aus den Südseestaaten oder Bangladesch gelingen, nach Europa zu gelangen, wenn man sich schon die Reisekosten nicht leisten kann? Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass beispielsweise nach einem verheerenden Taifun auf den Philippinen nicht eine Karawane von Flüchtlingen in Richtung Norden aufbricht. Woher soll auch hier das Geld kommen, wenn man gerade seine Habseligkeiten verloren hat? Außerdem hätten sie keine Chance, als Flüchtlinge anerkannt zu werden und bleiben zu dürfen. Europa würde niemals Millionen von Flüchtlingen aufnehmen, selbst wenn sie politisch verfolgt wären. So ist es zum Beispiel nicht einmal gelungen, in der sogenannten „Flüchtlingskrise“ 160.000 Flüchtlinge europaweit zu verteilen, bei einer Einwohnerzahl von einer halben Milliarde in der EU.

## Zukünftige Prognosen




Sudanesische Flüchtlingskinder im Tschad legen mehrere Kilometer zurück, um Wasser zu holen. Die UNHCR und ihre Partner betonen, dass der Klimawandel und unregelmäßige Regenfälle das Leben der Flüchtlinge und der Bevölkerung insgesamt immer mehr beeinträchtigen, was zu zusätzlichen Konflikten führen kann. Foto: © UNHCR/Oualid Khelifi

Wie wird es nun weitergehen? Zunächst einmal gilt es festzuhalten: Auswanderungswunsch und die wirklich vollzogene Auswanderung sind zwei gänzlich verschiedene Dinge, wie Steffen Angenendt von der „Stiftung Wissenschaft und Politik“ (SWP) feststellt. In der Zeit von 2010 bis 2015 äußerten zwar rund 27 Prozent der Menschen in Afrika den Wunsch, auszuwandern. Geplant hatten dies vier Prozent. Vorbereitungen dafür hatten zwei Prozent getroffen. Und tatsächlich ausgewandert sind unter einem Prozent, aber sie haben sich nicht auf nach Europa gemacht. Im Jahre 2017 wanderten beispielsweise 19 Millionen Afrikaner:innen in andere afrikanische Länder aus. 17 Millionen gingen in andere Länder, aber: als legale Einwanderer. Nur eine kleine Minderheit, über die es keine genauen Zahlen gibt, versuchte nach Europa oder in andere Teile der Wohlstandswelt zu gelangen.

Die Prognosen über künftige Wanderungsbewegungen sind generell schwierig. Kaum jemand hatte beispielsweise damit gerechnet, dass in den letzten Jahren so viele Menschen aus dem Bürgerkrieg in Syrien zu uns flüchten würden oder dass die Zuwanderung aus den südeuropäischen Staaten wie Italien oder Spanien nach Deutschland so stark ansteigen würde. Voraussagen über die Umweltflucht sind noch schwieriger zu treffen. Frédéric Docquier, ein international anerkannter Wirtschafts- und Migrationswissenschaftler, kommt zu dem Ergebnis, dass es durch den langfristigen Klimawandel nicht zu der oft vorausgesagten größten weltweiten Flüchtlingskrise aller Zeiten kommen wird, wie ihn in den Medien beispielsweise die britische Tageszeitung „The Guardian“ prophezeit.



Nach seinen verschiedenen Szenarien führt der Klimawandel dazu, dass im Laufe des 21. Jahrhunderts zwischen 100 bis 160 Millionen Menschen im erwerbsfähigen Alter freiwillig oder gezwungenermaßen unterwegs sein werden. Kinder hinzugerechnet, kommt er auf rund 200 bis 300 Millionen Menschen. Nach seinen Berechnungen werden aber achtzig Prozent von ihnen als Binnenflüchtlinge im eigenen Land bleiben, entweder in ihrer Heimatregion, oder sie werden aus ländlichen Gegenden in die städtischen Regionen wandern. Nur zwanzig Prozent werden sich auch aufgrund der gegenwärtigen Migrationspolitik für eine langfristige Auswanderung in die Staaten der OECD entscheiden, in der die reichen Industrieländer sich zusammengeschlossen haben. Das heißt aber noch lange nicht, dass sie aufgenommen werden, denn die Industrieländer regeln nach wie vor die Aufnahme und könnten sich mit ihrer Migrationspolitik noch weiter abschotten (Quelle:  Docquier, Frédéric u.a.: *Climate Change, Inequality, and Human Migration*, 2019).

### „Brain drain“ und „brain gain“

Docquier unterstreicht, dass es sich aufgrund der bisherigen Erfahrungen in erster Linie um Binnenflüchtlinge handeln wird. Auch er hebt hervor, dass die Flüchtlinge aus Ländern stammen, die am wenigsten zum Klimawandel beitragen, aber am meisten von den negativen Auswirkungen betroffen sind. Alles in allem hat nach seiner Einschätzung, die von anderen Fachleuten geteilt wird, der Klimawandel nur beschränkte Auswirkungen auf die internationale Migration, selbst bei extremen Szenarien, die er ausführlich darstellt.

Insgesamt zeigt die Studie, wie schwierig es ist, Voraussagen über zwei bis drei Generationen hinweg bis zum Jahre 2100 zu treffen. Noch besteht die Möglichkeit, die Klimaveränderungen und damit auch die Zahl der Umweltmigrantinnen und -migranten zu beeinflussen und sozusagen das Schlimmste zu verhindern. Davon auszugehen, dass Klimawandel und Erderwärmung automatisch Migration auslösen und diesen noch genau nach Grad der Erwärmung berechnen zu wollen, ist problematisch. So bleiben auch diese seriösen Szenarien zwangsläufig teilweise im Bereich der Spekulation, denn niemand kann vorhersagen, wie hoch die Temperatursteigerungen und der Anstieg des Meeresspiegels ausfallen werden und wie viele Menschen letztendlich ihre Heimat aufgeben müssen.

So viel ist allerdings sicher: Für die ärmsten Länder hat die klimabedingte Auswanderung gravierende Auswirkungen. Sie verlieren Arbeitskräfte und das Einkommensgefälle zwischen ihnen und den reichsten Ländern steigt auf rund 25 Prozent, wie Docquier ausrechnet. Diese Entwicklung — Verlust vor allem von qualifizierten Arbeitskräften („brain drain“) bei den Entsendeländern und Gewinn von Arbeitskräften („brain gain“) bei den Aufnahmeländern — ist seit Langem ein Diskussionsstoff in der Migrationsforschung. Die Einwanderungsländer profitieren seit vielen Jahren von der Zuwanderung und suchen längst schon wieder hängeringend nicht nur nach qualifizierten Arbeitskräften. In zwanzig Jahren könnten nach Berechnungen des Instituts der deutschen Wirtschaft bundesweit sogar fast sechs Millionen Fachkräfte fehlen. Deutschland braucht im Jahr 2035 zwischen 130.000 und 150.000 mehr Pflegekräfte als heute. Migration sollte deshalb generell unter diesem Aspekt auch als Chance und Bereicherung gesehen werden und nicht in erster Linie als Bedrohung und Belastung, wie es oftmals der Fall ist.

---

 [Nach oben](#)

## Was sagen internationale Abkommen zum Schutzstatus für Umweltflüchtlinge?

### Reform der Genfer Flüchtlingskonvention?

Im Lauf der Jahre hat es immer wieder Vorschläge gegeben, den Status der Umweltflüchtlinge zu verbessern bzw. erst einmal überhaupt zu klären. Versuche, die Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) für Umweltflüchtlinge zu erweitern, sind in diesem Zusammenhang jedoch problematisch. Es wäre ein willkommener Anlass, die GFK, die schon unter Beschuss steht, aufzuweichen oder gar überhaupt die Axt an die Magna Charta des Flüchtlingsschutzes zu legen, die vielen schon jetzt zu weit geht.

In Deutschland fallen beispielsweise die Mehrzahl der Flüchtlinge, die bleiben dürfen, unter den Schutz dieser Flüchtlingskonvention. Artikel 16 des Grundgesetzes — „politisch Verfolgte genießen Asylrecht“ — spielt schon seit Langem praktisch überhaupt keine Rolle mehr. Nur rund ein Prozent und zeitweise weniger erhalten danach noch ein Bleiberecht bzw. einen Flüchtlingsstatus.

So sagt denn auch der Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen, Filippo Grandi: „In der gegenwärtigen politischen Situation wäre es äußerst unklug, den Geltungsbereich der Konvention zur Debatte zu stellen. Jeder Versuch, die Konvention zu reformieren, würde mit ziemlicher Sicherheit aktuell dazu führen, dass die Flüchtlingsdefinition verengt oder die gesamte Konvention infrage gestellt würde. [...] Fast überall auf der Welt haben Politiker Erfolg damit, Flüchtlinge als Sicherheitsproblem oder Invasoren zu bezeichnen.“ Eine Reform erscheint schon aufgrund der Tatsache, dass die 146

Vertragspartner der Konvention Änderungen im Sinne eines neuen Schutzes für Klimaflüchtlinge zustimmen müssten, als wenig realistisch.

## Pariser Klimaabkommen

Verschiedene internationale Abkommen beschäftigen sich mit den Klimaveränderungen und der Umweltmigration. Nach dem Klimaabkommen von Paris aus dem Jahre 2015 sollen die Vertragspartner „beim Vorgehen gegen Klimaänderungen ihre jeweiligen Verpflichtungen im Hinblick auf die Menschenrechte, das Recht auf Gesundheit, die Rechte von indigenen Völkern, lokalen Gemeinschaften, Migranten, Kindern, Menschen mit Behinderungen und besonders schutzbedürftigen Menschen [sowie die Gleichberechtigung der Geschlechter], fördern und berücksichtigen“.

## Migrationspakt

Im [Migrationspakt](#) (Global Compact for Migration) von 2018 sind die beiden Bereiche Klimawandel und Migration miteinander verknüpft: „Wir verpflichten uns, förderliche politische, wirtschaftliche und soziale Bedingungen sowie Umweltbedingungen zu schaffen, unter denen die Menschen in ihren eigenen Ländern ein friedliches, produktives und nachhaltiges Leben führen und ihre persönlichen Ambitionen verwirklichen können, und gleichzeitig dafür zu sorgen, dass Verzweiflung und sich verschlechternde Umweltbedingungen sie nicht dazu veranlassen, durch irreguläre Migration anderswo eine Existenzgrundlage zu suchen.“

Außerdem wird festgehalten: „Wir werden die internationale und regionale Zusammenarbeit verstärken, um die Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung in den geographischen Gebieten, in denen die irreguläre Migration aufgrund der konsistenten Auswirkungen von Armut, Arbeitslosigkeit, Klimawandel und Katastrophen [...] ihren Ursprung hat, durch geeignete Kooperationsrahmen, innovative Partnerschaften und die Einbeziehung aller relevanten Interessenträger zu beschleunigen [...].“ Bisher ist es jedoch bei diesen Absichtserklärungen geblieben und es zeichnet sich auch international keine Bereitschaft ab, Umweltflüchtlingen einen eigenen Schutzstatus zu verleihen.

## Umweltmigration in Afrika



Flüchtlingscamp in Uganda. Foto: Ninno JackJr, unsplash.com, CG6Gd-QIOY

Mit dem Thema „Klimawandel und Migration“ haben sich im Laufe der Zeit viele Tagungen beschäftigt, so eine internationale Konferenz am 9. und 10. Dezember 2020, wobei Afrika im Mittelpunkt stand. Organisiert wurde die Tagung von einer gemeinnützigen nichtstaatlichen Plattform in Berlin, der „Global Perspectives Initiative“ (Quelle: [GP Conference „Climate Change and Migration. Point of No Return?!“](#)).

Die Corona-Pandemie wirke bei den weltweiten Naturkatastrophen wie ein Brandbeschleuniger, hieß es bei der Konferenz. Entgegen der allgemeinen Wahrnehmung „überschwemmt“ die Abwanderung aus Afrika nicht Europa, die meisten Migrant:innen bleiben in Afrika, wurde (wieder einmal) hervorgehoben. Dabei wurde deutlich, wie komplex die Ursachen für Umweltmigration in Afrika sind.

So spielt die Urbanisierung eine besondere Rolle: Alle 15 Städte, die weltweit am schnellsten wachsen, liegen in Afrika, viele davon in Küstenregionen, die vom Klimawandel und dem ansteigenden Meeresspiegel betroffen sind. Damit ist die Bevölkerungsentwicklung nach wie vor eine wichtige Komponente im Geflecht der Migrationsgründe. Bis 2050 werden die Städte in Afrika zusätzlich um 950 Millionen Menschen anwachsen, so das Datenmaterial aus der Konferenz. Insgesamt könnte sich die Bevölkerung in Afrika bis 2050 verdoppeln.

### **Bekämpfung von Fluchtursachen**

Um Fluchtursachen zu beseitigen, sollten nach Auffassung der Fachleute der wirtschaftliche Fortschritt

der afrikanischen Staaten und die Schaffung von Arbeitsplätzen viel stärker gefördert werden. Dazu bestehe ein riesiger Energiebedarf, der sich bis 2040 verdreifachen könnte. Zurzeit wird aber meist mit Brennholz aus den Wäldern und mit Kohle geheizt oder für den häuslichen Bedarf gekocht. 600 Millionen Menschen haben keinen Zugang zu Elektrizität. Neue Kohlekraftwerke können keine Lösung sein. „Grüne Energie“ sei deshalb für die weitere Entwicklung Afrikas besonders wichtig, wie auf der Plattform hervorgehoben wurde. An Europa wurde deshalb appelliert, seiner Verantwortung gerecht zu werden und Fluchtursachen vor Ort zu beseitigen, wie bei diesem wichtigen Austausch zwischen Expert:innen aus den Industrienationen und den besonders betroffenen Ländern in Afrika betont wurde — ein Austausch von Politik, Experten, Medien und Wissenschaft, der auch mit den Regionen im Pazifik oder in Asien kaum stattfindet.

⊕ Nach oben

## Wie diskutiert Deutschland das Thema Umweltmigration?





Karikatur zum Thema Klimafucht. © Gerhard Mester, 2015

In Deutschland kam das Thema 2019 wieder in die Schlagzeilen, als Bündnis 90/Die Grünen das Konzept eines Klimapasses auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene einbrachten, „dessen individueller Ansatz es den Betroffenen ermöglicht, selbstbestimmt über ihre Migration zu entscheiden“. Konkret — so die Grünen in ihrem Beschluss weiter — „böte der Klimapass von der Erderwärmung existenziell bedrohten Personen die Option, Zugang zu Schutz und letztlich staatsbürgergleichen Rechten in weitgehend sicheren Ländern zu erlangen — in der Region, in Europa und weltweit.“ In einer ersten Phase sollte demnach der Klimapass den Bevölkerungen kleiner Inselstaaten, deren Staatsgebiet durch den Klimawandel unbewohnbar wird, angeboten werden. Als Aufnahmeländer stehen nach diesem Antrag vor allem Staaten mit historisch oder gegenwärtig hohen Treibhausgasemissionen und damit großem Anteil an der Erderwärmung in der Verantwortung. Im Bundestag fand der entsprechende Gesetzentwurf jedoch keine Mehrheit.

Im Zusammenhang mit der Debatte über Klimaflüchtlinge taucht immer wieder die Zahl von 140 Millionen auf, die sich bald auf den Weg machen würden. Die Zahl, die von der Boulevardpresse und der rechtspopulistischen Propaganda verbreitet wurde, bezieht sich in Wirklichkeit auf eine Schätzung der Weltbank, wonach bis zum Jahr 2050 rund 143 Millionen Menschen südlich der Sahara, Südasien und Lateinamerika durch Klimafolgen innerhalb ihrer Länder vertrieben werden könnten, falls der Klimawandel nicht gebremst wird und keine Gegenmaßnahmen ergriffen werden. Es geht dabei also um Binnenflüchtlinge und keineswegs um Menschen, die auf den Weg nach Europa sind. In Teilen der Öffentlichkeit entstand jedoch durch die Verbreitung von Fake News der Eindruck, als ginge es um die Aufnahme von 140 Millionen, die einen deutschen Pass erhalten sollten. Außerdem ist diese Zahl ein „Worst-Case-Szenario“, was schlimmstenfalls passieren könnte, falls — und das ist der entscheidende Zusatz — keine Gegenmaßnahmen erfolgen.

## Was ist der „Klimapass“?

Bei ihrem Vorschlag eines Klimapasses beriefen sich die Grünen auf ein Beratungsgremium der Bundesregierung, den  „Wissenschaftlichen Beirat Globale Umweltveränderungen“ (WBGU). Unter der Überschrift „Sicherheitsrisiko Klimawandel“ hatte dieser bereits 2007 ein  Gutachten vorgelegt. Darin warnten die Fachleute davor, dass Migration „mit ungebremst steigenden globalen Temperaturen zu einem der großen Konfliktfelder der künftigen internationalen Politik“ werden könnte. In der Analyse mit Handlungsempfehlungen wird unter anderem gefordert, dass eine Energiewende in der Europäischen Union umgesetzt wird. Der Schutz von Umweltmigrant:innen sollte nach Meinung des Wissenschaftlichen Beirats im Völkerrecht verankert werden. Dabei sollte nicht der Weg über ein Zusatzprotokoll zur UN-Flüchtlingskonvention gegangen werden, sondern mit Nachdruck eine bereichsübergreifende multilaterale Konvention für Umweltmigration angestrebt werden.

2018 brachte der Wissenschaftliche Beirat in seinem Politikpapier  „Zeit-gerechte Klimapolitik: Vier Initiativen für Fairness“ dann den Vorschlag des Klimapasses ein, der eine bisher einmalige Kontroverse zur Klimamigration in Deutschland auslösen sollte. Der Beirat unterstreicht in seinem Gutachten grundsätzlich, dass aus wissenschaftlicher Sicht kein Zweifel daran besteht, dass der Klimawandel stattfindet und der Einfluss des Menschen dabei unstrittig ist — und fordert erneut einen Rechtsschutz für Menschen, die durch den Klimawandel geschädigt sind.

+ Hintergrundwissen: Vorbild Nansen-Pass

## Wie funktioniert der „Klimapass“?

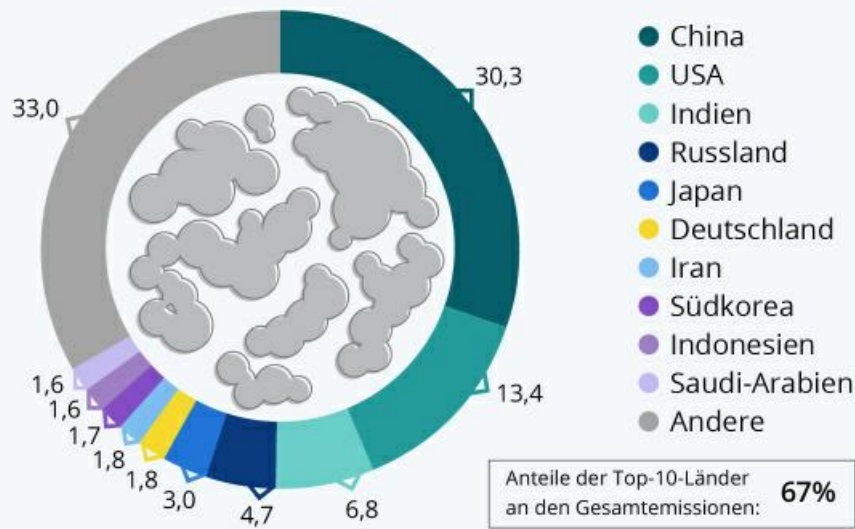
Als zentrales Instrument einer menschenwürdigen Klimapolitik schlägt der WBGU einen Klimapass für Migrantinnen und Migranten vor. Der Klimapass soll nach Auffassung des Beirats in Anlehnung an den Nansen-Pass „den von der Erderwärmung existenziell bedrohten Personen die Option bieten, Zugang zu und staatsbürgergleiche Rechte in weitgehend sicheren Ländern zu erhalten. In einer ersten Phase sollte der Klimapass den Bevölkerungen kleiner Inselstaaten, deren Staatsgebiet durch den Klimawandel unbewohnbar werden dürfte, frühzeitige, freiwillige und humane Migrationswege eröffnen. Mittelfristig sollte der Pass auch massiv bedrohten Menschen anderer Staaten, einschließlich Binnenvertriebener, zur Verfügung stehen. Als Aufnahmeländer sollten sich Staaten mit erheblichen historischen wie heutigen Treibhausgasemissionen und somit großer Verantwortung für den Klimawandel engagieren. Im Gegensatz zu autoritärer oder nationalistischer Migrationsplanung wäre der Klimapass somit ein symbolkräftiges Beispiel für eine freiheitliche Anpassungspolitik.“

Bei seinen weiteren Ausführungen benutzt der WBGU den Begriff „klimabedingte Migration“, der Wanderungs- und Fluchtbewegungen betrifft, „bei deren Verursachung die Auswirkungen des Klimawandels eine bedeutende Rolle spielen“. Dabei ist sich auch der Beirat bewusst, dass klimabedingte Migration eine Vielzahl von Phänomenen umfasst, beispielsweise „freiwillige und unfreiwillige Migration, plötzliche Migration aufgrund von Extremwetterereignissen sowie langsamere Bevölkerungsbewegungen aufgrund schleichender Klimaveränderungen“.



# 10 Länder verursachen zwei Drittel der CO<sub>2</sub>-Emissionen

Anteil der Länder an den weltweiten CO<sub>2</sub>-Emissionen 2019 (in %)



Anteil der Treibhausgasemissionen 2019 nach Ländern. Quelle: Statista

## Verursacherprinzip für Aufnahmeländer

Um die klimabedingte Migration gerecht zu gestalten, betont der WBGU die zentrale Rolle des Verursacherprinzips. Danach sollte dies die Grundlage für die Entscheidung sein, welche Nationen sich zur Aufnahme von Personen mit Klimapass verpflichten. Eine pragmatische Regelung sieht der Wissenschaftliche Beirat darin, sowohl historisch angehäuften Emissionen zu berücksichtigen, also auch die gegenwärtigen Pro-Kopf-Emissionen zu berücksichtigen.

So tragen die zehn Staaten bzw. Staatengruppen mit dem höchsten Anteil an den globalen kumulativen CO<sub>2</sub>-Emissionen (1850 bis 2011) nach Ansicht der Fachleute eine besondere Verantwortung für den Klimawandel und damit für die durch Heimatverlust bedingte Migration. Das sind in dieser Reihenfolge: USA, Europäische Union, China, Russland, Japan, Indien, Kanada, Mexiko, Brasilien und Indonesien. Das würde bedeuten, dass die USA 27 Prozent der Klimaflüchtlinge aufnehmen müsste. Die EU-Staaten würden nach diesem Schlüssel 25 Prozent, China elf Prozent Schutz gewähren. Nicht zuletzt würde — so der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung — „der Klimapass als eine Art ‚Leuchtturm der Menschlichkeit‘ dem aktuellen moralischen Wettlauf nach unten bei der Behandlung von Migrantinnen und Migranten entgegenwirken“. In der Tat hätte die Einführung eines Klimapasses eine hohe symbolische Bedeutung.

[↕ Nach oben](#)

## Versagt die internationale Völkergemeinschaft?



UN-Hauptquartier in New York City. Foto: Anfaenger, pixabay.com, 3158666

Vorangekommen ist die internationale Völkergemeinschaft nicht, was einen besonderen Schutzstatus für die klimabedingte Flucht angeht. Noch immer gilt, was Walter Kälin, der frühere Beauftragte des UN-Generalsekretärs für die Menschenrechte Binnenvertriebener, 2017 festhielt: Es ist „den UN bisher nicht gelungen, einen kohärenten Ansatz zum Umgang mit Menschen zu finden, die im Kontext des Klimawandels und seiner Auswirkungen fliehen müssen“. Der emeritierte Professor für Staats- und Völkerrecht an der Universität Berlin hebt hervor, dass allerdings die Bereiche Katastrophenvorsorge und der Schutz für Binnenvertriebene am weitesten vorangeschritten ist. Dagegen „fehlen Konzepte und Normen zum Schutz von Menschen, die im Kontext von Katastrophen und Klimaveränderungen ins Ausland fliehen oder sich zu grenzüberschreitender Migration entschließen, um sich rechtzeitig dem Risiko von Naturgefahren und Umweltbeeinträchtigungen zu entziehen“.

### Nansen-Initiative

Kälin verweist in diesem Zusammenhang auf die „Nansen-Initiative“, die ihren Namen ebenfalls dem legendären Norweger verdankt. Unter dem Vorsitz von Norwegen und der Schweiz führte eine Gruppe von Staaten — darunter auch Deutschland — zwischen 2013 und 2015 „zwischenstaatliche Konsultationen in besonders betroffenen Regionen durch, um das Phänomen Katastrophenflucht besser zu verstehen und bestehende bewährte Praktiken zu identifizieren“.

2015 wurde von mehr als 100 Staaten eine „Schutzagenda“ verabschiedet, die aber kein rechtsverbindliches Dokument ist, sondern — so Kälin — eine Art „Werkzeugkasten“, die bewährte Praktiken identifiziert, um den von Vertreibung bedrohten Menschen mit Maßnahmen der Katastrophenvorsorge vor Ort zu helfen. Seit 2016 arbeitet eine Plattform zu Vertreibung von Katastrophen (☒ *Platform on Disaster Displacement* — PDD) als Folgeeinrichtung der „Nansen-Initiative“ an der Umsetzung der Agenda, die außerhalb der Vereinten Nationen entstanden ist. Die Plattform versteht sich als Initiative, die Menschen besser beschützen will, die (außerhalb ihrer Landesgrenzen) aufgrund von Katastrophen oder der Klimaveränderung vertrieben werden.

### Internationaler Migrationspakt

Wie schwierig es ist, Migration und Flucht international zu regeln und den Status von Migrantinnen und Migranten generell zu verbessern, zeigt das Zustandekommen des Internationalen Migrationspaktes. Über den ☒ *„Globalen Pakt für eine sichere, geordnete und reguläre Migration“* („Global compact for safe, regular and orderly migration“) ist kurz vor seiner Verabschiedung im Dezember 2018 die belgische Regierung zerbrochen. Für Rechtspopulist:innen war das Abkommen willkommener Anlass, Ängste und Vorurteile zu schüren. Obwohl im Migrationspakt immer wieder unterstrichen wird, dass es sich nur um einen rechtlich nicht bindenden Kooperationsrahmen handelt und obwohl der Globale Pakt mehrfach das „souveräne Recht der Staaten, ihre nationale Migrationspolitik selbst zu bestimmen“ betont, behaupteten die Gegner:innen jenseits aller Fakten immer wieder, das Gegenteil sei der Fall: Durch den Pakt würden Tür und Tor für alle Flüchtlinge und Migrant:innen der Welt geöffnet. Mit Verschwörungstheorien und professionell aufgemachten Kampagnen wurde gezielt Stimmung gemacht. Auf der Webseite der AfD war beispielsweise von einem „versteckten Umsiedlungsprogramm für Wirtschafts- und Armutsflüchtlinge“ die Rede.

Bereits 2017 waren die USA unter dem damaligen Präsidenten Donald Trump aus den Verhandlungen für dieses international wichtige Migrationsabkommen ausgestiegen; Ungarn folgte kurze Zeit später, weil die Übereinkunft eine „Bedrohung für die Welt“ sei. Kurz vor der Verabschiedung des Migrationspaktes scherten immer mehr Regierungen aus den Verhandlungen aus, darunter Österreich, Lettland, Bulgarien und die Slowakei. Brasilien kündigte nach dem Wechsel zur Regierung unter dem Rechtspopulistischen Jair Bolsonaro an, wieder aus dem Pakt auszusteigen. Auch die Dominikanische Republik oder Chile verließen den Pakt, obwohl sie ursprünglich dafür waren.

## Problematik eines internationalen Abkommens

Aufgrund dieser Erfahrungen und der Entwicklung in den letzten Jahren, in denen die Bereitschaft, Flüchtlinge aufzunehmen, weltweit zurückgeht, ist es geradezu illusorisch anzunehmen, man könne die umweltbedingte Migration zurzeit international durch Abkommen regeln oder eine Klärung des Status dieser Gruppe von Migrantinnen und Migranten herbeiführen. Die Industrieländer sehen die umweltbedingte Migration eher nicht als eine Herausforderung, bei der sie als Hauptverursacher in der Pflicht stehen, sondern im Zusammenhang mit dem Thema „Sicherheit“.

So warnen sogar militärische Organisationen, beispielsweise das Pentagon 2019, vor der Bedrohung der USA durch die Klimaveränderungen und dadurch ausgelöste Konflikte sowie Migrationsbewegungen. In diesem Zusammenhang mag auch die Aussage von Bundesaußenminister Heiko Maas (SPD) stehen, der in seiner Ansprache vor den Vereinten Nationen am 25. September 2019 deutlich machte, vor welcher Herausforderung wir beim Klimawandel stehen. Er sagte: „Wenn die Menschen keinen Zugang mehr zu sauberem Trinkwasser haben, ganze Ernten wegen Dauerdürren ausfallen und Konflikte um die wenigen verbleibenden Ressourcen beginnen, werden die Kriege der Zukunft Klimakriege sein.“ Ein Sicherheitsrisiko ist die umweltbedingte Migration vor allem für die betroffenen Länder selbst und für ihre Nachbarregionen, also für die armen und ärmsten Länder der Welt — und nicht für die reichen Industrieländer.

[↕ Nach oben](#)

## Wie lassen sich Fluchtursachen beseitigen?



Klimaflüchtlinge gehören zu den Ärmsten der Armen. Wenn sie wie hier in Bangladesch ihr Land an das Meer verloren haben, flüchten sie in Notunterkünfte am Strand. Von hier will sie die lokale Regierung vertreiben, um Platz zu schaffen für einen Flughafen und Hotelanlagen. Foto: © UNHCR/Saiful Huq Omi

Sicher ist, dass wir in Europa oder in Amerika nicht Millionen von Umweltflüchtlingen aufnehmen könnten, was bisher auch niemand gefordert hat. Es geht nach wie vor darum, Fluchtursachen wie eine Klimakatastrophe zu beseitigen. Wir brauchen eine radikale Energiewende, die Reduzierung der Emissionen und Gelder für die betroffenen ärmsten Länder, die sich nicht wie wir, beispielsweise durch den Bau von Dämmen und Deichen, auf die Auswirkungen des Klimawandels einstellen können. Eine solche neue Klimapolitik ist der wichtigste Ansatz, um Klimaflucht zu verhindern. Wer Umweltflucht bekämpfen will, der muss sich dafür einsetzen und diese auch im Alltag mittragen. Die Corona-Krise hat gezeigt, dass die Menschheit auf eine globale Krise reagieren und kurzfristig rasch Maßnahmen ergreifen und umsetzen kann, die viele Milliarden Euro kosten. Der Klimawandel und die dadurch verursachten Fluchtbewegungen sind noch größere langfristige Herausforderungen, die ähnliche Anstrengungen erfordern.

Gebetsmühlenartig erklingt es immer wieder: Beseitigung der Fluchtursachen! Bereits 1990 hat die Bundesregierung diesen Grundsatz in ihrer Flüchtlingskonzeption verankert. An Ideen und guten Vorschlägen fehlt es also schon lange nicht, auch nicht an vollmundigen Versprechungen und hoffnungsvoll verkündeten Plänen. Das gilt für den Klimaschutz und die dadurch entstandenen Probleme wie Umweltflucht insgesamt. Nur die Umsetzung lässt auf sich warten. Das gilt vor allem auch für die immer wieder erhobene Forderung, den Schlepperbanden, die mit ihrem Geschäftsmodell weltweit mehr Geld verdienen als mit dem Drogenhandel, das Handwerk zu legen. Nicht nur deshalb, in der Migration insgesamt müssten legale Zugangswege geschaffen werden. Eine Forderung, der sich beispielsweise auch EU-Konzepte anschließen, denen aber praktisch keine Taten folgen.

## Konkrete Maßnahmen sind gefordert

Zunächst geht es auch um ganz banale Dinge wie die Verbesserung der Datenlage über die Umweltflucht und wissenschaftliche Untersuchungen. Hinzukommen müssen Schutzmaßnahmen vor Ort, Umsiedlungsprogramme oder regionale Lösungsansätze mit Aufnahmemöglichkeiten.

Ländern wie Neuseeland oder Australien, die aufgrund der Nähe zu den pazifischen Inseln Klimaflüchtlinge aufnehmen könnten, müsste von der internationalen Völkergemeinschaft in Zukunft geholfen werden. Insgesamt werden umfassende finanzielle Unterstützungsmaßnahmen für die betroffenen Länder beispielsweise in der Südsee oder in der Karibik von Nöten sein. Frühwarnsysteme bei drohenden Umweltkatastrophen oder bessere Baumaterialien — das sind ganz konkrete Maßnahmen, um der umweltbedingten Flucht Einhalt zu gebieten, was aber alles viel Geld kostet, das von den Verursachern aber nicht zur Verfügung gestellt wird.

## Verhalten der USA

In den letzten Jahren waren viele positive Ansätze gefährdet. Der Ausstieg der Trump-Regierung aus dem Pariser Klimaabkommen, der Austritt aus der UNESCO, die drastische Kürzung der Finanzbeiträge für UN-Friedensmissionen und andere UN-Programme, all das konnte pessimistisch stimmen. Vor allem die Tatsache, dass die USA sogar den UN-Menschenrechtsrat verlassen haben, war weltweit ein verheerendes Signal. Dass Donald Trump schließlich sogar mitten in der Corona-Krise der Weltgesundheitsorganisation (WHO) den Rücken kehrte, wurde als eine Katastrophe gewertet.

Doch diese Fehler der Vergangenheit werden jetzt offensichtlich rückgängig gemacht. Der neue US-Präsident Joe Biden ordnete bereits bei seinem Amtsantritt am 20. Januar 2021 die Rückkehr seines Landes zum Pariser Klimaabkommen und zur WHO an. Mit einem Gesetzentwurf an den US-Kongress wurde außerdem eine Kehrtwende zu einer humaneren Migrationspolitik eingeleitet.

## Bessere Ausstattung des UNHCR

Um wenigstens die größten Probleme zu lösen, müsste das Hochkommissariat für Flüchtlinge der Vereinten Nationen (UNHCR) auf jeden Fall mit mehr Geld und Personal ausgestattet werden. Das UNHCR leidet seit Jahren unter chronischen personellen und finanziellen Problemen, weil es nur zwei Prozent seiner Gelder aus dem UN-Budget erhält. Bei dem Rest — mehr als eine Milliarde Dollar im Jahr — ist es auf die freiwilligen Leistungen der Geberländer angewiesen.

In den Flüchtlingslagern rund um Syrien mussten daher beispielsweise die Nahrungsmittelrationen gekürzt werden, weil nicht mehr genügend finanzielle Hilfsmittel zur Verfügung standen. Angesichts dieser Misere und ohne Aussicht auf ein Ende des Krieges in ihrer Heimat verwundert es nicht, dass sich 2015 so viele Flüchtlinge auf den Weg nach Europa gemacht haben.

Die unzureichende Ausstattung des UNHCR hat daher bei der Vorgeschichte der neuesten „Flüchtlingskrise“ eine fatale Rolle gespielt. Schließlich waren auch Umweltprobleme offensichtlich beim Ausbruch des Bürgerkrieges in Syrien mit im Spiel, wie die Hamburger Wissenschaftlerin vom Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Christiane Fröhlich, feststellt. Verheerende Dürren und Missernten führten dazu, dass 1,5 Millionen Bauern und Viehzüchter ihren Lebensunterhalt verloren und in weniger betroffene Gebiete des Landes zogen, wo die Proteste gegen das Assad-Regime ihren Anfang nahmen. Die durch den Bürgerkrieg in Syrien ausgelöste Flüchtlingskrise im Nahen Osten dürfte deshalb auch bis zu einem gewissen Punkt mit dem Klimawandel zusammenhängen, wobei diese Geflüchteten aber keine Klimaflüchtlinge sind (Quelle: Christiane Fröhlich, [C/iSAP](#)).

Die kriegerischen Auseinandersetzungen im Sudan sind ebenfalls mit durch umweltbedingte Migration ausgelöst worden: Die Kombination von Dürre und politischen Unruhen führt dort wie auch beispielsweise in Somalia oder in Mali zur Flucht bzw. bedroht die Stabilität dieser Länder. So waren die fast zwei Millionen Flüchtlinge in und aus Mozambique Anfang der 1990er Jahre zugleich Opfer von Dürre, Armut und Bürgerkrieg. Ähnliches gilt für die komplexe Mischung von Faktoren bei den Flüchtlingsströmen aus Ruanda und Burundi.

## Forderung nach einer „neuen Kultur des Teilens“

Nicht nur für die Klimaflucht gilt: Die von Krisen geschüttelte Welt mit ihrer ungerechten Ordnung wird weiterhin Migrations- und Flüchtlingsbewegungen produzieren. Sie sind nichts anderes als der Ausdruck der wirtschaftlichen, demographischen und politischen Ungleichgewichte. Hier müsste eine langfristig orientierte Politik ansetzen, der es darum geht, nicht nur die Fluchtrouten nach Europa zu verbauen, sondern die Probleme an der Wurzel zu packen.

Stattdessen erklärt die europäische Politik zwar die Bekämpfung der Fluchtursachen zum wichtigen Ziel, versteht darunter aber im Wesentlichen Entwicklungshilfe und Zusammenarbeit bei der Ausbildung von Sicherheitskräften. Da wo es wirklich weh täte, bei den Rahmenbedingungen einer ungerechten Weltwirtschaftsordnung, will niemand ansetzen. Nicht nur die Kirchen fordern seit Langem „eine neue Kultur des Teilens“ und betonen, dass es nicht möglich ist, dauerhaft auf Kosten der Länder der sogenannten Dritten Welt zu leben. Hier wären aber einschneidende Maßnahmen nötig, wenn die



Absicht, die Fluchtursachen zu bekämpfen, nicht nur leeres Gerede bleiben soll.

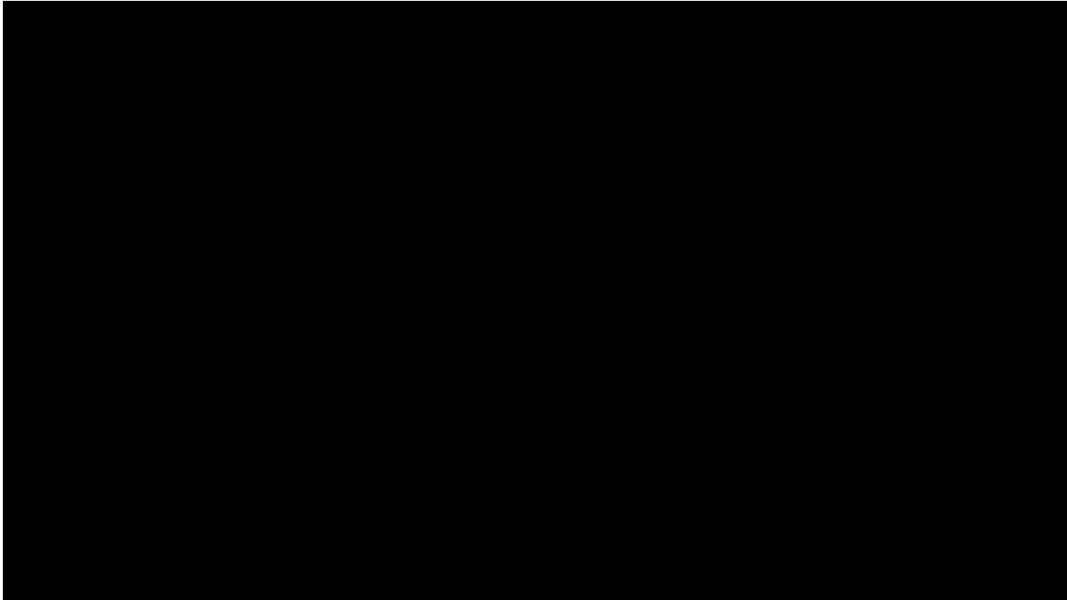
Doch müssen natürlich auch die Entwicklungsländer selbst in die Pflicht genommen werden. Dazu gehört die Korruptionsbekämpfung ebenso wie die unbedingte Einhaltung der Menschenrechte im eigenen Land sowie eine gute Regierungsführung („Good Governance“). Die Bekämpfung bzw. Vermeidung von selbstverschuldeten Umweltschäden im eigenen Land — auch das ist ein wichtiger Punkt.

Seit Jahrzehnten wird über das „Ausländerproblem“, die „Flüchtlingskrise“ oder über „Umweltflucht“ geredet. Aber das eigentliche Problem wird nicht benannt. Wenn man das täte, würde es zwar unbequem, man würde aber zu den eigentlichen Fluchtursachen vorstoßen, wie die sozialen, politischen und wirtschaftlichen Ungerechtigkeiten auf der Welt, die zu beseitigen ein grundsätzliches Umdenken und Handeln erfordert.

---

[↕ Nach oben](#)

## Welche Rolle spielen die (sozialen) Medien?



ARD-Doku (43:40 Minuten): Klimafluch und Klimaflucht, Film von Thomas Aders

Was das Thema „Migration und Flüchtlinge“ insgesamt angeht, spielen die Massenmedien in letzter Zeit — besonders auch die sogenannten sozialen Medien — eine besondere Rolle. Sie tragen zweifellos eine wichtige Verantwortung. Sie können Ängste schüren, Vorurteile verstärken, aber auch dazu beitragen, dass sie abgebaut werden. Hintergrundinformationen, Daten und Fakten sind jetzt besonders gefragt, gerade was „umweltbedingte Flucht“ und die Hetze rechtsradikaler Kreise angeht. Es gilt, die Debatte zu versachlichen und Horrorszenarien mit einer gigantischen Klimaflucht in die Industrieländer zu widersprechen.

Ein gelungenes Beispiel, wie Medien mit dem Thema objektiv und aufklärerisch umgehen, ist das Filmprojekt zur Klimaflucht, das 2018 in ARTE lief: „Klimafluch und Klimaflucht“ von Thomas Aders, der 2019 zusätzlich in der ARD gezeigt wurde, und der Beitrag von Lourdes Picareta „Vor uns die Sintflut“, der sehr eindrucksvoll die Auswirkungen des Klimawandels in Bangladesch deutlich macht.

---

[↕ Nach oben](#)

## Was sagen die Menschen zu Klimawandel und Migration?

Umfrage in Deutschland



Auch dank der weltweiten Bewegung „Fridays for Future“ steht die Bewältigung der Klimakrise ganz oben auf der politischen Agenda. Foto: Niklas Pntk, pixabay.com, 4161573

Optimistisch stimmt, dass das Bewusstsein in der Zivilgesellschaft für eine andere Umweltpolitik gestiegen ist. Dabei rückt das Thema „Umweltflucht“ wieder verstärkt auf die Agenda. „Einwanderung und Klimaschutz“ — das sind auf jeden Fall laut [ARD-Deutschlandtrend vom Januar 2020](#) aus Sicht der Deutschen die drängendsten Themen für die Politik.

Nach diesen Daten von „infratest dimap“ ist knapp ein Drittel der Meinung, dass vordringlich die Probleme in der Flüchtlings- und Einwanderungspolitik sowie bei der Integration gelöst werden müssen. An zweiter Stelle der zu lösenden Probleme kommen Umweltschutz und Klimawandel, die von gut jedem Vierten genannt werden.

Der Zusammenhang zwischen diesen beiden für die Deutschen wichtigsten Problemen liegt auf der Hand und lässt sich sicher vermitteln, nach dem Motto: Es lohnt sich schon im eigenen Interesse, mehr gegen den Klimawandel zu tun, um diese Fluchtursache und unkontrollierte Zuwanderung zu bekämpfen.

### Weltweite Meinungsumfrage

Die bisher größte weltweite Meinungsumfrage zu Klimafragen ([☒ „The Peoples' Climate Vote“](#)), die Ende Januar 2021 von der UN veröffentlicht wurde, unterstreicht den hohen Stellenwert, den dieses Thema einnimmt. Das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (United Nations Development Programme, UNDP) hat mit Hilfe der Universität Oxford dabei über 1,2 Millionen Menschen in fünfzig Ländern befragt.

Fast zwei Drittel der Befragten (64 Prozent) sagen, dass der Klimawandel ein globaler Notstand ist, und verlangen größere Anstrengungen, um die Krise zu bewältigen. Für den deutschen Leiter von UNDP, Achim Steiner, zeigen die Ergebnisse der Meinungsumfrage in den Ländern mit über der Hälfte der Weltbevölkerung, dass dringend notwendige Maßnahmen zur Bewältigung der Klimakrise eine breite Unterstützung weltweit, bei allen Nationalitäten, Altersgruppen oder Menschen mit unterschiedlichem Bildungsniveau finden. Zu den Maßnahmen, die bei dieser Umfrage befürwortet werden, gehören eine klimafreundliche Agrarwirtschaft oder mehr Investitionen in erneuerbare Energie, gerade im Hinblick auf eine Erholung nach der Pandemie.

---

[↑ Nach oben](#)

## Was kam bei den letzten internationalen Gipfeln in Sachen Umweltmigration heraus?

### UN-Nachhaltigkeitsgipfel 2019

Die Bekämpfung von Hunger und Armut auf der Welt ist eines der wichtigsten Ziele, auf die sich die internationale Staatengemeinschaft bei den 17 Zielen im Jahre 2015 geeinigt hat und mit denen sich Fluchtursachen bekämpfen lassen. Auf dem UN-Nachhaltigkeitsgipfel im September 2019 wurden zwar Fortschritte bei der Umsetzung bis 2030 festgestellt.

Bundesentwicklungsminister Gerd Müller (CSU) kritisierte aber, dass wir „weit hinter dem vorgegebenen Zeitrahmen interherhinken“. Weltweit stünden die notwendigen Investitionen nicht zur Verfügung, während gleichzeitig die Rüstungsausgaben stiegen. Müller wörtlich: „Das ist ein besorgniserregender Trend, den wir umkehren müssen.“

## Weltklimakonferenz 2019

Die Weltklimakonferenz im Dezember 2019 in Madrid endete mit Frustrationen. Der dürftige Minimalkompromiss fordert die Länder zu verstärkten Anstrengungen im Kampf gegen die Erderwärmung auf. Wichtige Entscheidungen wie die Hilfe für arme Länder wurden verschoben. Umweltmigration spielte praktisch keine Rolle, obwohl Migrationsfachleute im Vorfeld darauf hingewiesen hatten, dass Umweltkatastrophen inzwischen zu den wichtigsten Fluchtgründen zählen.

UN-Generalsekretär António Guterres erklärte auf Twitter, er sei enttäuscht von den Ergebnissen. Die internationale Gemeinschaft habe eine wichtige Gelegenheit verpasst, mehr Ehrgeiz bei der Bewältigung der Klimakrise zu zeigen. Im Dezember 2020 forderte der UN-Chef alle Staaten dazu auf, den „Klimanotstand“ auszurufen und warnte vor einem „katastrophalen Temperaturanstieg“ noch in diesem Jahrzehnt.

## Weitere internationale Treffen

Ein EU-Gipfel einigte sich schließlich auf verschärfte Klimaziele für 2030. Um mindestens 55 Prozent soll demnach der Ausstoß von Treibhausgasen unter den Wert von 1990 sinken.

Bei einem weiteren Klimatreffen (☒ „One Planet Summit“) schlossen sich im Januar 2021 fünfzig Staaten zu einer Allianz zusammen und versprachen mehr für den Umweltschutz zu tun. So soll die internationale Gemeinschaft mit rund zwölf Milliarden Euro ein ins Stocken geratenes Umweltprojekt in der Sahelzone unterstützen. Es bleibt abzuwarten, ob diese (erneuten) Ankündigungen wirklich zu einer Veränderung der Klimapolitik und der Lösung der damit zusammenhängenden Problemen führen wird.

## Hunger und Armut als Folgen von Corona

Zeitgleich beklagte Bundesentwicklungsminister Müller, dass die Pandemie nicht nur die Lage der Umweltflüchtlinge weiter verschärft und eine „dramatische Wirtschafts- und Hungerkrise“ ausgelöst habe. 130 Millionen Menschen wurden 2020 nach seinen Worten in Hunger und extreme Armut zurückgeworfen, Fortschritte der letzten dreißig Jahre zunichtegemacht. In Afrika werden nach seiner Einschätzung mehr Menschen an den Folgen der Corona-Krise sterben als am Virus selbst. In Afrika seien viele Gesundheitssysteme überfordert: Äthiopien hatte zu Beginn der Krise nur 150 Intensivbetten für seine 100 Millionen Einwohner:innen zur Verfügung. Fachleute rechnen mit einer Million Toten. Die Menschen sterben an Krankheiten wie Malaria, weil keine Medikamente ins Land kommen und Impfkampagnen ausfallen.

Die Internationale Organisation für Migration (IOM) und das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen schlugen ebenfalls Ende 2020 (wieder einmal) Alarm. Die beiden UN-Organisationen warnten davor, dass durch die Corona-Krise Hunger und Migration weiter zunehmen werden. Sie appellierten an die Weltgemeinschaft, diese katastrophalen Auswirkungen zu verhindern. Hunger, wenn er mit Konflikten zusammenfällt, sei eine kritische Fluchtursache.

---

[↶ Nach oben](#)

## Fazit



Die meisten Flüchtlinge fliehen innerhalb der eigenen Landesgrenzen oder in benachbarte Staaten, hier ein Flüchtlingscamp für Binnenvertriebene in Somalia 2014. Foto: Amisom Public Information, wikimedia CC0

Für die vom Klimawandel heimgesuchten Menschen, ob man sie Umwelt-, Katastrophenflüchtlinge oder

wie auch immer nennt, spielt der Streit über eine Definition keine Rolle. Er hilft ihnen nicht weiter. Sie leben und bleiben meist in den ärmsten Ländern der Welt und machen sich nicht auf nach Europa. Für sie besteht eine „Schutzlücke“ nicht nur im juristischen Sinne, die dringend geschlossen werden sollte. Vor allem sollte nicht mehr in erster Linie über die Umweltmigrantinnen und -migranten, sondern mit ihnen und ihren Familien gesprochen werden. Das geschieht noch viel zu wenig, wenn es insgesamt um Migration, Flucht oder Integration, um Überlegungen und Konzepte geht, die sie existenziell betreffen und in die sie rechtzeitig einbezogen werden müssen. Umweltflucht sollte nicht isoliert vom weltweiten Migrationsgeschehen gesehen werden, sie ist „nur“ ein Teilaspekt einer Welt der Migration, in der Millionen als Arbeitsmigrant:innen oder Flüchtlinge unterwegs sind, in der Fluchtursachen eher zu- als abnehmen und die nur unzureichend bekämpft werden.

Die Pandemie hat weltweit zu einem drastischen Anstieg extremer Armut geführt. Über 229 Millionen Menschen werden 2021 Hilfe benötigen, um Zugang zu Nahrung, Wasser und sanitären Einrichtungen zu bekommen, wie die Vereinten Nationen in ihrem [„Global Humanitarian Overview 2021“](#) feststellten. Das ist ein Anstieg von vierzig Prozent im Vergleich zum Jahr 2020. Die Corona-Krise hat die Lage der Migrant:innen, Flüchtlinge, vor allem der Menschen, die aufgrund von Umweltschäden ihr Zuhause verlassen müssen, weiter verschlechtert. Auf der anderen Seite hat die Pandemie gezeigt, zu welchen finanziellen Anstrengungen die reichen Länder in der Lage sind und dass sich die Krise nur international bewältigen lässt.

Die Internationale Organisation für Migration (IOM) fordert in diesem Zusammenhang das Migrationsmanagement in Zeiten des Klimawandels neu zu denken. Alle Aspekte der Migrationspolitik müssten nach Ansicht der UN-Organisation überdacht werden, um diejenigen zu schützen, die wegen Klima- oder Umweltveränderungen aus ihrer Heimat fliehen.

Nicht nur im Hinblick auf den Klimagipfel im November in Glasgow könnte 2021 das Thema durchaus an Stellenwert gewinnen, zumal sich nach der Corona-Krise der Klimawandel und seine Folgen — wie zum Beispiel Umweltflucht — zurückmelden werden, wobei jetzt vielleicht sogar die Chance besteht, diesen Herausforderungen international besser zu begegnen. Sicher ist: Corona wird gehen, die Klimakrise und die dadurch ausgelöste Fluchtmigration wird bleiben.

---

[⬆ Nach oben](#)

### Über den Autor

Prof. Dr. Karl-Heinz Meier-Braun ([www.meier-braun.de](http://www.meier-braun.de)) ist baden-württembergischer Landesvorsitzender der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen e. V. (DGVN) und Mitglied im Bundesvorstand dieser Organisation. Er ist Migrationsexperte, Honorarprofessor an der Universität Tübingen und Autor zahlreicher Publikationen zum Thema Migration und Integration. Lange Jahre war er Redaktionsleiter und Integrationsbeauftragter des Südwestrundfunks (SWR).

---

[⬆ Nach oben](#)

## Weitere Informationen

+ Videos

+ Literaturliste & Links

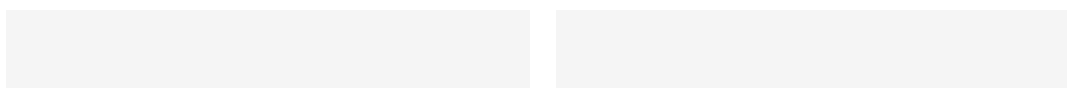
+ Weitere Links

---

[⬆ Nach oben](#)

## LpB-Dossiers zum Weiterlesen

### Klimawandel







**Klimawandel**  
**Folgen der weltweiten Klimaerwärmung**  
[➔ mehr](#)



**Weltklimagipfel**  
**Ergebnisse der UN-Klimakonferenzen**  
[➔ mehr](#)

## Flucht & Migration



**Flucht**  
**Eine weltweite Herausforderung**  
[➔ mehr](#)

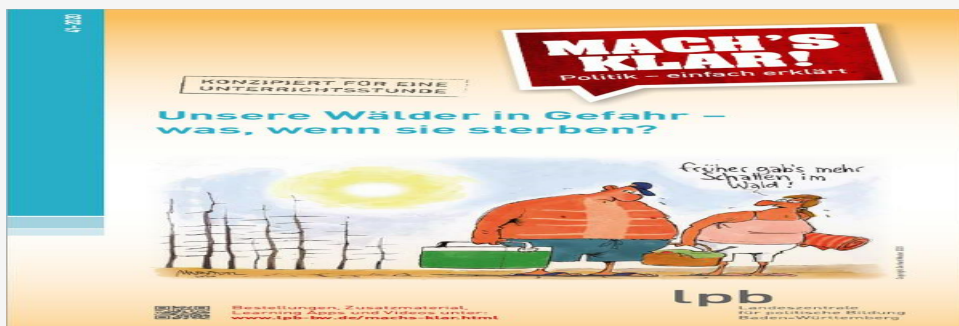


**EU-Außengrenze**  
**Situation in Griechenland**  
[➔ mehr](#)

[➔ Nach oben](#)

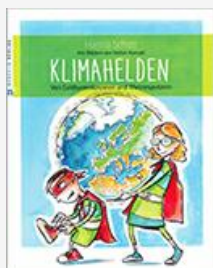
Letzte Aktualisierung: März 2021, Autor Karl-Heinz Meier-Braun und Internetredaktion der LpB BW

## Unterrichtshilfe "mach's klar!"



**Unsere Wälder in Gefahr - was, wenn sie sterben? Mach's klar! -Politik einfach erklärt 41-2020**  
[✕ Bestellen](#) (PDF Download , Zusatz-Materialien und Lernapp)

## Klimahelden



[✕ zur PDF und Printausgabe](#)

## 25. UN-Weltklimagipfel in Madrid



COP25 in Madrid.  
Grafik: Ministry of  
the Presidency.  
Government of  
Spain

✕ [COP 25](#)

## Weltklimarat



✕ [ipcc](#)

## Klimarahmen-Konvention UN



✕ [unfccc](#)

<b>Politikthemen</b>	Dossiers   Geschichtsdossiers   Wahlen   LpB nach Themen   Spezial-Portale Videoreihe Ausgefragt   Archiv Dossiers
<b>Landeszentrale</b>	Auf einen Blick   Kontakt / Öffnungszeiten   Abteilungen   Fachbereiche   Mitarbeitende Tagungszentrum   Kuratorium   Landesnetzwerk   Presse   Newsletter Archiv   Praktika Stellenbörse   Ausschreibungen - Vergaben
<b>Publikationen/Shop</b>	Neue Produkte   Alle Produkte   Buchreihen   Zeitschriften   Bausteine - Materialien   Planspiele Dokumentationen   Sonstige Publikationen   Spiele   Lernmedien   Faltblätter   E-Books Downloadbereich   Allg. Geschäftsbedingungen
<b>Veranstaltungen</b>	Alle Veranstaltungen   Offene Veranstaltungen   Bildungsreisen   ... im Haus auf der Alb Für bestimmte Zielgruppen   Politische Tage   E-Learning   Ausstellungen Veranstaltungen: Rückblicke
<b>Projekte</b>	Übersicht   Demokratie fördern   „Läuft bei Dir!“   Aktionstage Netzpolitik   Beteiligungs-Dings Integrationsprojekt i-Punkt   Erstwählerkampagne
<b>Links</b>	Politik   Politische Bildung   Baden-Württemberg

Folgen Sie uns auf

